

N i e d e r s c h r i f t

über die 84. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen

und Digitalisierung

am 5. Dezember 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. Verlässlichkeit statt Unsicherheit - Infrastruktur darf nicht am Koalitionsstreit scheitern

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7195](#)

Fortsetzung der Beratung 4

Beschluss 5

2. Verbesserung von Mobilfunkversorgung und regionalem Roaming in Niedersachsen

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/7481](#)

Verfahrensfragen 6

Fortsetzung der Beratung 6

Beschluss 7

3. Für jeden eine Perspektive schaffen - Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss minimieren!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3642](#)

Mitberatung 8

Beschluss 5

Anwesend:**Ausschussmitglieder:**

1. Abg. Stefan Klein (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Thordies Hanisch (i. V. des Abg. Matthias Arends) (SPD)
3. Abg. Christoph Bratmann (per Videokonferenz zugeschaltet) (SPD)
4. Abg. Marten Gäde (i. V. des Abg. Oliver Ebken) (SPD)
5. Abg. Frank Henning (per Videokonferenz zugeschaltet, zeitw. vertr. durch den Abg. Konstantin Grosch) (SPD)
6. Abg. Sabine Tippelt (per Videokonferenz zugeschaltet) (SPD)
7. Abg. Uwe Dorendorf (per Videokonferenz zugeschaltet) (CDU)
8. Abg. Christian Frölich (per Videokonferenz zugeschaltet) (CDU)
9. Abg. Reinhold Hilbers (per Videokonferenz zugeschaltet) (CDU)
10. Abg. Marcel Scharrelmann (per Videokonferenz zugeschaltet) (CDU)
11. Abg. Colette Thiemann (per Videokonferenz zugeschaltet) (CDU)
12. Abg. Stephan Christ (per Videokonferenz zugeschaltet) (GRÜNE)
13. Abg. Heiko Sachtleben (per Videokonferenz zugeschaltet) (GRÜNE)
14. Abg. Omid Najafi (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Schröder, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10:16 Uhr bis 10:30 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss** billigt die Niederschriften über die 80. und 82. Sitzung.

* * *

Tagesordnungspunkt 1:

Verlässlichkeit statt Unsicherheit - Infrastruktur darf nicht am Koalitionsstreit scheitern

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7195](#)

erste Beratung: 66. Plenarsitzung am 22.05.2025

AfWVBuD

zuletzt beraten: 28.11.2025

Fortsetzung der Beratung

Beratungsgrundlagen: - Vorlage 1 (Unterrichtung durch die Landesregierung)

- Vorlage 2 (Antworten der Landesregierung zu den Fragen des Ausschusses im Nachgang an die ergänzende Unterrichtung am 28. November 2025)

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU) bedankt sich eingangs für die zeitnahe schriftliche Beantwortung der in der Sitzung am 28. November 2025 unbeantwortet gebliebenen Fragen. Der Abgeordnete äußert sein Bedauern darüber, dass nicht jedes dem Ausschuss angehörende Mitglied seiner Fraktion die zeitnahe Beantwortung der Fragen wahrnehmen können, weil im Unterschied zu gleichgelagerten Fällen in der Vergangenheit die Fraktionen diesmal über das Vorliegen der Antworten nicht gesondert per E-Mail informiert worden seien. Er reklamiert namens der CDU-Fraktion internen Beratungsbedarf und beantragt, die Beratung bis zur nächsten Sitzung zu verschieben.

Vors. Abg. **Stefan Klein** (SPD) weist darauf hin, dass nach Auskunft der Landtagsverwaltung die Beantwortung der unbeantworteten Fragen als Vorlage 2 am 2. Dezember 2025 an alle Ausschussmitglieder verteilt worden sei. Darüber hinaus habe die Landtagsverwaltung mit der E-Mail, mit der sie den Link für die heutige Videokonferenz verschickt habe, alle für die heutige Sitzung relevanten Anlagen und somit auch die zu diesem Entschließungsantrag in Rede stehenden Vorlagen 1 und 2 im pdf-Format allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Abg. **Stephan Christ** (GRÜNE) bestätigt dies. Er erklärt, dass er daher keinen Anlass habe, die Antragsberatung heute nicht fortzusetzen, sondern in der Lage sei, heute die Beschlussempfehlung an den Landtag abzugeben. -- Abg. **Christoph Bratmann** (SPD) äußert sich sinngemäß.

Der **Ausschuss** lehnt den Verfahrensantrag der CDU-Fraktion, die Beratung des Entschließungsantrags bis zur nächsten Sitzung zu verschieben, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und gegen die Stimmen der Fraktion der CDU - bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD - ab.

Abg. **Stephan Christ** (GRÜNE) und Abg. **Christoph Bratmann** (SPD) erklären, auf der Grundlage der umfangreichen schriftlichen und mündlichen Unterrichtungen bestehe aus ihrer Sicht kein weiterer Beratungsbedarf. Sie plädieren dafür, dem Landtag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Beschluss

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Tagesordnungspunkt 2:

Verbesserung von Mobilfunkversorgung und regionalem Roaming in Niedersachsen

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/7481](#)

erste Beratung: 69. Plenarsitzung am 26.06.2025

AfWVBuD

Verfahrensfragen

Abg. **Omid Najafi** (AfD) beantragt zu Sitzungsbeginn, die Beratung dieses Entschließungsantrages nicht heute, sondern in der nächsten Sitzung fortzusetzen. Er führt zur Begründung an, in der ergänzenden Unterrichtung der Landesregierung werde eine Studie genannt, die noch ausgewertet werden müsse.

Abg. **Christoph Bratmann** (SPD) und Abg. **Colette Thiemann** (CDU) erklären, dass aus ihrer Sicht heute über den Entschließungsantrag abgestimmt werden könne, und beantragen dies.

Der **Ausschuss** beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen und gegen die Stimme der AfD-Fraktion, die Antragsberatung mit der Abgabe der Beschlussempfehlung an den Landtag heute abzuschließen. Der Verfahrensantrag des Abg. **Omid Najafi** (AfD) wird damit abgelehnt.

Fortsetzung der Beratung

Beratungsgrundlagen: - Vorlage 1 (Unterrichtung durch die Landesregierung vom 19. Februar 2025)

- Vorlage 2 (Beantwortung von Fragen durch die Landesregierung aus der Sitzung am 7. November 2025)

Abg. **Omid Najafi** (AfD) bedauert, dass für ihn keine Möglichkeit bestehe, sich vertieft mit der genannten Studie zu befassen, und plädiert dafür, die Antragsberatung mit der Beschlussempfehlung an den Landtag abzuschließen.

Abg. **Colette Thiemann** (CDU) erklärt, die Antworten der Landesregierung zu den zusätzlichen Fragen, die sie in der 80. Sitzung am 7. November 2025 gestellt habe, würfen weitere Fragen auf.

Die Verbesserung der Mobilfunkversorgung und des regionalen Roamings in Niedersachsen und die dazu im Entschließungsantrag erhobenen Forderungen bedürften einer differenzierten Betrachtung.

Die Antragstellerin wolle mit ihrer Entschließung die Landesregierung auffordern, erstens eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen und zweitens in Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Kommunen Flächen, die zur Aufstellung von Funkmasten geeignet seien, also

gewissermaßen Vorranggebiete, ausfindig zu machen und eine Anpassung der zugrunde liegenden Raumordnungsprogramme zu prüfen.

Wer sich mit der Raumordnung ein wenig auskenne, der wisse, wie aufwändig Verfahren zur Änderung der Raumordnung seien und dass die Genehmigung der Aufstellung von Funkmasten im Rahmen der kommunalen Hoheit, also in eigener Zuständigkeit, deutlich einfacher wäre. Die geforderte Bundesratsinitiative werde wegen ihrer Unbestimmtheit im Übrigen relativ uneffektiv sein, meint sie.

Die Abgeordnete bezeichnet abschließend den Antrag als insgesamt „wenig effektiv“ und kündigt namens der Fraktion der CDU an, ihn abzulehnen.

Beschluss

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Tagesordnungspunkt 3:

Für jeden eine Perspektive schaffen - Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss minimieren!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3642](#)

erste Beratung: 36. Plenarsitzung am 15.03.2024

federführend: KultA;

mitberatend: AfWVBuD;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Mitberatung

Der **Ausschuss** führt die Mitberatung durch. Wortmeldungen ergeben sich dazu nicht.

Beschluss

Der **Ausschuss** schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Kultusausschusses an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -
